

**Antrag 131/II/2021****FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Hilfen für Afghanistan: Für die Gewährung humanitärer Hilfe sowie eine schnelle Evakuierung ehemaliger Mitarbeiter deutscher Organisationen**

1 Als die Taliban im August 2021 die Macht in Afghanistan  
 2 übernahmen, versprachen sie zunächst eine gemäßigte  
 3 Version ihrer Regierungsführung. Anders als in den Jah-  
 4 ren 1996 -2001 sollten Menschenrechte größtenteils be-  
 5 achtet werden und Schulbesuch, Universitätsausbildung  
 6 und Arbeitsaufnahme für Frauen erlaubt sein. Die Hoff-  
 7 nungen, dass die Taliban es ernst meinen mit dieser Ab-  
 8 sicht, haben sich jedoch nicht erfüllt. Berichten aus Af-  
 9 ghanistan über Folter, Hinrichtungen und Zwangsverhei-  
 10 ratungen folgten die Ankündigungen der Gruppe, Univer-  
 11 sitätsausbildung nur streng getrennt nach Geschlechtern  
 12 durchzuführen, Mädchenschulen „zunächst“ nicht zu er-  
 13 öffnen und Körperstrafen wie Amputationen und Exeku-  
 14 tionen wieder aufzunehmen. Und als wäre das nicht ge-  
 15 genug, warnen die Vereinten Nationen vor einer Hungers-  
 16 not und einer humanitären Katastrophe im Land, bedingt  
 17 durch den Zusammenbruch der Regierung. Die Lage der  
 18 Menschen in Afghanistan hat sich mit diesen Entwicklun-  
 19 gen entscheidend verschlechtert

20  
 21 Für die Außen- und Entwicklungspolitik, aber auch für  
 22 die Sicherheitsinteressen Deutschlands und Europas folgt  
 23 daraus ein klarer Handlungsauftrag. Das Ziel der multi-  
 24 nationalen Einsätze *International Security Assistance Force*  
 25 (*ISAF*) und *Resolute Support (RS)* wurde nicht erfüllt. We-  
 26 der konnte sich die demokratisch gewählte multiethni-  
 27 sche Regierung behaupten, noch wurden Institutionen ein-  
 28 nes Rechtsstaats etabliert, noch erwiesen sich die Sicher-  
 29 heitskräfte als in der Lage, die junge afghanische Republik  
 30 zu schützen. Aus dieser Situation zu schlussfolgern, man  
 31 müsse Afghanistan nun sich selbst überlassen, wäre je-  
 32 doch falsch. Aus sicherheitspolitischen Erwägungen könn-  
 33 ten eine Hungersnot, ein eventuell folgender Kampf um  
 34 Ressourcen und damit eine neue ethnische bewaffnete  
 35 Auseinandersetzung nicht nur Afghanistan, sondern auch  
 36 seine Nachbarstaaten und damit die Region Zentralasien  
 37 destabilisieren. Und auch aus humanitären Gründen sind  
 38 Hilfen für die Menschen in Afghanistan ebenso geboten  
 39 wie die schnelle Evakuierung der noch im Land verbliebe-  
 40 nen früheren afghanischen Mitarbeiter deutscher Institu-  
 41 tionen und Organisationen, die jetzt aufgrund dieser Tä-  
 42 tigkeiten an Leib und Leben bedroht sind.

43  
 44 Die SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokrati-  
 45 schen Mitglieder der Bundesregierung werden daher auf-  
 46 gefordert, sich für folgende Maßnahmen einzusetzen:

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Als die Taliban im August 2021 die Macht in Afghanistan  
 übernahmen, versprachen sie zunächst eine gemäßigte  
 Version ihrer Regierungsführung. Anders als in den Jah-  
 ren 1996 -2001 sollten Menschenrechte größtenteils be-  
 achtet werden und Schulbesuch, Universitätsausbildung  
 und Arbeitsaufnahme für Frauen erlaubt sein. Die Hoff-  
 nungen, dass die Taliban es ernst meinen mit dieser Ab-  
 sicht, haben sich jedoch nicht erfüllt. Berichten aus Af-  
 ghanistan über Folter, Hinrichtungen und Zwangsverhei-  
 ratungen folgten die Ankündigungen der Gruppe, Univer-  
 sitätsausbildung nur streng getrennt nach Geschlechtern  
 durchzuführen, Mädchenschulen „zunächst“ nicht zu er-  
 öffnen und Körperstrafen wie Amputationen und Exeku-  
 tionen wieder aufzunehmen. Und als wäre das nicht ge-  
 genug, warnen die Vereinten Nationen vor einer Hungers-  
 not und einer humanitären Katastrophe im Land, bedingt  
 durch den Zusammenbruch der Regierung. Die Lage der  
 Menschen in Afghanistan hat sich mit diesen Entwicklun-  
 gen entscheidend verschlechtert

Für die Außen- und Entwicklungspolitik, aber auch für  
 die Sicherheitsinteressen Deutschlands und Europas folgt  
 daraus ein klarer Handlungsauftrag. Das Ziel der multi-  
 nationalen Einsätze *International Security Assistance Force*  
 (*ISAF*) und *Resolute Support (RS)* wurde nicht erfüllt. We-  
 der konnte sich die demokratisch gewählte multiethni-  
 sche Regierung behaupten, noch wurden Institutionen ein-  
 nes Rechtsstaats etabliert, noch erwiesen sich die Sicher-  
 heitskräfte als in der Lage, die junge afghanische Republik  
 zu schützen. Aus dieser Situation zu schlussfolgern, man  
 müsse Afghanistan nun sich selbst überlassen, wäre je-  
 doch falsch. Aus sicherheitspolitischen Erwägungen könn-  
 ten eine Hungersnot, ein eventuell folgender Kampf um  
 Ressourcen und damit eine neue ethnische bewaffnete  
 Auseinandersetzung nicht nur Afghanistan, sondern auch  
 seine Nachbarstaaten und damit die Region Zentralasien  
 destabilisieren. Und auch aus humanitären Gründen sind  
 Hilfen für die Menschen in Afghanistan ebenso geboten  
 wie die schnelle Evakuierung der noch im Land verbliebe-  
 nen früheren afghanischen Mitarbeiter deutscher Institu-  
 tionen und Organisationen, die jetzt aufgrund dieser Tä-  
 tigkeiten an Leib und Leben bedroht sind.

Die SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokrati-  
 schen Mitglieder der Bundesregierung werden daher auf-  
 gefordert, sich für folgende Maßnahmen einzusetzen:

47

- 48 1. Humanitäre Nothilfe muss schnellstmöglich und  
49 vor dem Einsetzen des afghanischen Winters nach  
50 Afghanistan verbracht werden. Dazu sind Gesprä-  
51 che mit den Taliban ein unumgängliches Übel. Die-  
52 se Gespräche dürfen keine offizielle Anerkennung  
53 der Regierung der Taliban beinhalten, sondern sol-  
54 len ausschließlich dazu dienen, den Transport von  
55 Hilfsgütern möglich zu machen.
- 56 2. Hilfsgütertransporte und Hilfsgüterversorgung  
57 müssen auf europäischer Ebenen und mit den  
58 europäischen Partnern koordiniert werden. Im  
59 europäischen Rahmen sind im Dialog mit afgha-  
60 nischen Nichtregierungsorganisationen konkrete  
61 Zielvorgaben zu entwickeln und regelmäßig zu  
62 evaluieren.
- 63 3. Vor Ort werden Hilfsgüter nicht durch die Taliban  
64 oder Angehörige ihrer Regierung oder ihres Netz-  
65 werkes verteilt, sondern durch Angehörige der af-  
66 ghanischen Zivilgesellschaft
- 67 4. Die Evakuierung der noch in Afghanistan befindli-  
68 chen früheren Mitarbeiter\*innen deutscher Institu-  
69 tionen wie der Bundeswehr und der GIZ, deutscher  
70 und europäischer Staatsangehöriger, Personen mit  
71 deutschem Aufenthaltstitel, Menschen- und Frau-  
72 enrechtsaktivist\*innen sowie ehem. Mitarbeiter+in-  
73 nen des afghanischen Staates (z.B. Richterinnen) ist  
74 bis zur letzten Person weiterzuführen.
- 75 5. Zusätzlich zu diesen Nothilfen fordern wir die Bil-  
76 dung einer Arbeitsgruppe, die sich mit der Frage  
77 des langfristigen Engagements für Afghanistan be-  
78 fasst, Maßnahmen erarbeitet und diese regelmäßig  
79 überprüft und evaluiert. Das Dilemma, den Men-  
80 schen im Land zu helfen, ohne die Taliban anzuer-  
81 kennen, und wie es gelöst werden kann, muss dabei  
82 im Vordergrund stehen. Die Erkenntnisgewinne die-  
83 ser Arbeitsgruppe sollen außerdem bei der Bewer-  
84 tung künftiger statebuilding-Einsätze, seien sie mi-  
85 litärischer oder ziviler Natur, herangezogen werden.
- 86 6. Nicht zuletzt wird eine externe, ressortübergreifen-  
87 de, wirkungsorientierte Evaluierung der gesamten  
88 ISAF-Mission gefordert

89

90

### 91 Begründung

92 Dass das deutsche Engagement in Afghanistan im Rah-  
93 men des internationalen Einsatzes krachend gescheitert  
94 ist, muss und kann nicht beschönigt werden. Zwanzig Jah-  
95 re nach dem Beginn der Mission, die der Sicherheitsrat der  
96 Vereinten Nationen am 20. Dezember 2001 mit Resolution  
97 1386 (2001) beschloss und deren deutsche Beteiligung nur  
98 zwei Tage später, am 22. Dezember 2001 vom Bundestag  
99 mit großer Mehrheit beschlossen wurde, ist Afghanistan

1. Humanitäre Nothilfe muss schnellstmöglich und  
vor dem Einsetzen des afghanischen Winters nach  
Afghanistan verbracht werden. Dazu sind Gesprä-  
che mit den Taliban ein unumgängliches Übel. Die-  
se Gespräche dürfen keine offizielle Anerkennung  
der Regierung der Taliban beinhalten, sondern sol-  
len ausschließlich dazu dienen, den Transport von  
Hilfsgütern möglich zu machen.
2. Hilfsgütertransporte und Hilfsgüterversorgung  
müssen auf europäischer Ebenen und mit den  
europäischen Partnern koordiniert werden. Im  
europäischen Rahmen sind im Dialog mit afgha-  
nischen Nichtregierungsorganisationen konkrete  
Zielvorgaben zu entwickeln und regelmäßig zu  
evaluieren.
3. **Die Überprüfbarkeit der Einhaltung der Humanitä-  
ren Prinzipien und Standards muss gewährleistet  
werden, damit Hilfsgüter die vulnerablen Gruppen  
erreichen**
4. Die Evakuierung der noch in Afghanistan befindli-  
chen früheren Mitarbeiter\*innen deutscher Institu-  
tionen wie der Bundeswehr und der GIZ, deutscher  
und europäischer Staatsangehöriger, Personen mit  
deutschem Aufenthaltstitel, Menschen- und Frau-  
enrechtsaktivist\*innen sowie ehem. Mitarbeiter+in-  
nen des afghanischen Staates (z.B. Richterinnen) ist  
bis zur letzten Person weiterzuführen.
5. Zusätzlich zu diesen Nothilfen fordern wir die Bil-  
dung einer Arbeitsgruppe, die sich mit der Frage  
des langfristigen Engagements für Afghanistan be-  
fasst, Maßnahmen erarbeitet und diese regelmäßig  
überprüft und evaluiert. Das Dilemma, den Men-  
schen im Land zu helfen, ohne die Taliban anzuer-  
kennen, und wie es gelöst werden kann, muss dabei  
im Vordergrund stehen. Die Erkenntnisgewinne die-  
ser Arbeitsgruppe sollen außerdem bei der Bewer-  
tung künftiger statebuilding-Einsätze, seien sie mi-  
litärischer oder ziviler Natur, herangezogen werden.
6. Nicht zuletzt wird eine externe, ressortübergreifen-  
de, wirkungsorientierte Evaluierung der gesamten  
ISAF-Mission gefordert

100 erneut in Chaos versunken und wird wieder von den Tali-  
101 ban beherrscht. Es steht außer Frage, dass die Gründe, die  
102 zum Scheitern der Mission führten, evaluiert und entspre-  
103 chende Lehren gezogen werden müssen. Jedoch steht es  
104 ebenso außer Frage, dass die Lage des afghanischen Vol-  
105 kes heute zumindest ebenso schlimm und lebensbedroh-  
106 lich ist wie vor zwanzig Jahren.

107

108 Der Beschluss der VN zur Schaffung der internationalen  
109 Schutztruppe ISAF beruhte unter anderem auf Resolution  
110 1378 (2001) vom 14. November 2001. Dort bekundet der Si-  
111 cherheitsrat seine nachdrückliche Unterstützung „für die  
112 Anstrengungen des afghanischen Volkes, eine neue Über-  
113 gangsverwaltung einzurichten, die zur Bildung einer Re-  
114 gierung führt; beide sollten auf breiter Grundlage stehen,  
115 multiethnisch sein und das gesamte afghanische Volk un-  
116 eingeschränkt vertreten sowie sich zum Frieden mit den  
117 Nachbarn Afghanistans bekennen; [und] die Menschen-  
118 rechte aller Afghanen ungeachtet des Geschlechts, der  
119 ethnischen Zugehörigkeit oder der Religion achten“. Das  
120 damals gegebene Versprechen an die Bevölkerung Afgha-  
121 nistans: ökonomischer Wohlstand, Frieden und die Ach-  
122 tung der Menschenrechte ist nicht eingelöst worden. Es  
123 besteht damit noch immer. Die Frage, *ob* wir den afghani-  
124 schen Menschen helfen, stellt sich nicht, es stellt sich le-  
125 diglich die Frage, *wie*.

126

127 Als Sozialdemokraten bekennen uns zu den Menschen-  
128 rechten als ein universelles Versprechen. Die universel-  
129 le Gültigkeit der Menschenrechte, die das Recht auf Frei-  
130 heit, Leben und die Sicherheit der Person ebenso beinhal-  
131 ten wie das Verbot von Folter, bedeutet das wir uns nicht  
132 von einem Afghanistan, dass erneut unter der Herrschaft  
133 der Taliban steht, abwenden können. Ebenso wenig dür-  
134 fen wir uns abwenden von denen, die Deutschland wäh-  
135 rend des 20-jährigen Einsatzes als afghanische Mitarbei-  
136 ter zum Beispiel der Bundeswehr und der GIZ, gedient und  
137 geholfen haben. Unsere Politik muss sich daran messen  
138 lassen, dass wir zu unseren Versprechen, unseren Verbün-  
139 deten und unseren Freunden stehen.

140

141 Zu dieser moralischen Verpflichtung kommt eine weite-  
142 re sicherheitspolitische Überlegung. Ein Machtkampf in-  
143 nerhalb der Taliban selbst scheint wahrscheinlich. Und  
144 schließlich warnen die Vereinten Nationen bereits nach-  
145 drücklich vor einer Hungersnot, dem Zusammenbruch des  
146 afghanischen Gesundheitssystems und einer humanitä-  
147 ren Katastrophe. Damit würde die Bereitschaft in der Be-  
148 völkerung, sich bewaffneten Gruppen anzuschließen und  
149 um knappe Ressourcen zu kämpfen, wachsen. Ein eth-  
150 nischer bewaffneter Konflikt wäre die Folge und dieser  
151 könnte leicht den Mittleren Osten weiter destabilisieren,  
152 die Probleme zwischen Iran und Irak weiter anheizen und

153 sich über die Türkei bis vor unsere Haustür bewegen.  
154  
155 Es bleibt die Frage, ob und wie humanitäre Hilfe möglich  
156 ist, ohne ein brutales, autoritäres Regime quasi anzuer-  
157 kennen. Dieser Gefahr muss durch genauestens geplan-  
158 te und europäisch koordinierte Planung und unter Mit-  
159 wirkung der Zivilgesellschaft begegnet werden. Als Sozi-  
160 aldemokraten ist es für uns nichts Neues, dass Wandel  
161 durch Annäherung geschehen kann. Humanitäre Nothilfe  
162 jetzt kann, vielleicht und langfristig gesehen, das afghani-  
163 sche Volk in die Lage versetzen, die Talibanherrschaft ab-  
164 zuschütteln. Keine Nothilfe zu leisten, würde dagegen die  
165 Afghanen und Afghaninnen den Taliban ausliefern und sie  
166 einem grausamen Überlebenskampf überlassen.